ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Biesecker, Adelheid

Working Paper

Kooperative Vielfalt und das Ganze der Arbeit: Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff

WZB Discussion Paper, No. P 00-504

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Biesecker, Adelheid (2000) : Kooperative Vielfalt und das Ganze der Arbeit: Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, WZB Discussion Paper, No. P 00-504, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/50298

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

P00-504

Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“

Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff

Adelheid Biesecker

papers

Querschnittsgruppe
Arbeit und Ökologie

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie"

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen" zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungskooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie" beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit") und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt") koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter http://www.wz-berlin.de/aoe/ und http://www.a-und-oe.de erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie"

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie" zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeitsszenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

I. Arbeit im und durch Umweltschutz
II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P00-504

Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“

Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff

Adelheid Biesecker*

* Universität Bremen

Zusammenfassung

Wenn wir heute über eine veränderte Bestimmung von „Arbeit“ und ihre Gestaltung in einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft nachdenken, so ist ein Ausgangspunkt die kritische Reflexion der Gründe für die Nicht-Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Arbeitsweise. Diese Gründe, so lautet die Ausgangsthese des vorliegenden Aufsatzes, liegen in der Vorstellung, die moderne Ökonomie sei autonom gegenüber der natürlichen Mitwelt und der sozialen Lebenswelt. Ökonomie wird als auf Markt-Ökonomie, Arbeit als auf Erwerbsarbeit reduziert verstanden. Die Entwicklung eines erweiterten Arbeitsbegriffs beginnt daher mit der Herausbildung eines erweiterten Ökonomie-Verständnisses, in welchem Ökonomie als eingebettet in die beiden anderen Welten verstanden wird. So werden viele Formen des Arbeitens neben der Erwerbsarbeit sichtbar – Versorgungsarbeit, Gemeinwesenarbeit, Eigenarbeit. Zusätzlich gibt es selbstbestimmte Tätigkeiten und Muße. Auf der Basis eines derart erweiterten Arbeitsbegriffs läßt sich ein kooperatives, vielfältiges Arbeitskonzept entwikkeln und lassen sich Kriterien einer neuen Verbindung zwischen Arbeit und Einkommen, lassen sich Konturen eines neuen Gesellschaftsvertrags skizzieren.

Abstract

To think about a new concept of „labour“ and its organisation within a sustainable economy means to reflect on the reasons for the non-sustainability of our modern way of working. These reasons can be found in the popular view that economy is autonomous with regard to the natural co-world and the social-life world. In this view, the economy is reduced to the market and labour is only understood as paid labour. The development of a new concept of labour, therefore, starts with broadening the view of the economy. This leads to the picture of an „embedded economy“, where economy includes activities within the household and the society. This broader view unveils the whole multitude of different types of work – paid labour, work at home and with people in their life-world (caring activities), citizen participation, voluntary, community work, self-providing new work. Based on this multitude, a complex, co-operative concept of labour can be developed, which has to be attached to forms of income by a new „social contract“.

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung 1

2. Kritische Reflexion des heute gültigen engen Ökonomie- und Arbeitskonzepts 2

3. Eine Alternative: Das erweiterte Ökonomie-Verständnis im Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ 4

4. Entwicklung eines erweiterten Arbeitsbegriffs 7

5. Gestaltung des „Ganzen der Arbeit“ in kooperativer Vielfalt 10

5.1 Förderung der verschiedenen Formen des Arbeitens 11

5.2 Förderung des „Ganzen der Arbeit“ 13

6. Überlegungen zu einem veränderten Einkommenskonzept 16

7. Konturen eines „Neuen Gesellschaftsvertrags“ und die Rolle des Staates 18

8. Schlußwort: Von der Arbeitsgesellschaft zur Mitgestaltungsgesellschaft 21

Literaturverzeichnis 22

1. Einführung

„Arbeit und Ökologie“ lautet der Titel dieses großangelegten Forschungsprojekts. Ich interpretiere dabei „Ökologie“ mit dem Leitbegriff der Zukunftsfähigkeit und stelle somit die Frage nach einem erweiterten Arbeitsbegriff, der die Gestaltung „zukunftsfähigen Arbeitens“ ermöglicht.

Der Begriff „Zukunftsfähigkeit“ gibt dabei das gesellschaftspolitische Leitbild der Nachhaltigkeit an: Die Vorstellung, daß, soll die menschliche Gesellschaft dauerhaft bestehen und sollen zukünftige Generationen qualitativ gleiche Lebenschancen haben wie wir heute, das Arbeiten der Gesellschaft naturgemäß, lebensfreundlich und wohlfahrtssichernd gestaltet werden muß. Zukunftsfähigkeit hat damit eine ökologische, eine soziale und eine kulturell-individuelle Dimension, wovon das Ökonomische ein Teil ist. Es geht gleichermaßen um den Erhalt der Evolutionsfähigkeit der natürlichen Mitwelt, den partizipativen und demokratischen Erhalt der Gesellschaft sowie die Sicherung der Wertschöpfung für ein „gutes Leben“, dessen qualitativer Gehalt gesellschaftlich-diskursiv zu bestimmen ist (vgl. Busch-Lüty/Dürr 1993, Busch-Lüty 1996 und Dürr 1998).

Was bedeutet das aber für einen erweiterten Arbeitsbegriff?

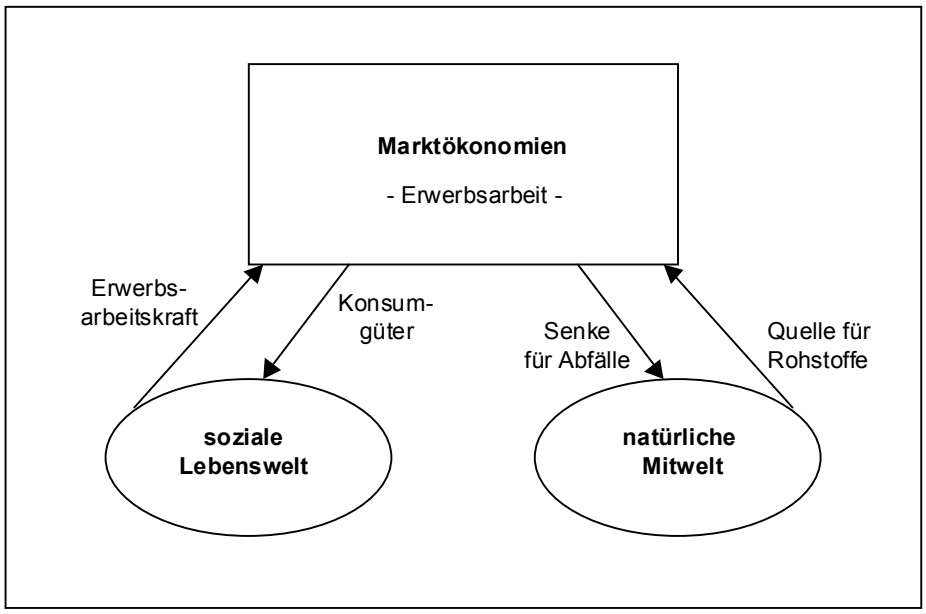
Es bedeutet zum ersten (These 1), das heute gängige enge Ökonomie- und Arbeitsverständnis mit entsprechend engen Handlungsprinzipien zu überwinden. Es bedeutet zum zweiten (These 2), ein erweitertes Ökonomie-Konzept zu entwickeln, das auch andere (haushälterische) Handlungsprinzipien kennt und ein erweitertes Verständnis von Arbeit als „kooperative Vielfalt im Ganzen“ ermöglicht. Es bedeutet zum dritten (These 3), die verschiedenen Bestandteile dieses „Ganzen der Arbeit“ sowie dessen kooperative Struktur mit Hilfe der haushälterischen Handlungsprinzipien auszugestalten. Schließlich bedeutet es viertens (These 4), die Konturen eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ zu entwerfen, in dem die Anerkennung der Gesellschaftsmitglieder nicht mehr ausschließlich über Erwerbsarbeit und Lohneinkommen ausgesprochen wird.

Als theoretisches Konzept für ein solch erweitertes Modell dient mir das Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“. Es kritisiert die enge und hierarchische Struktur des gültigen Ökonomieverständnisses, stellt die „Ganzheit des Wirtschaften“ als Gegenstandsbereich der Ökonomik her und zeigt auf, wie die kooperative Struktur der sozioökonomischen Vielfalt von Arbeit Wege zu einer zukunftsfähigen Ökonomie öffnet. Dieses Konzept hat einen weiten Arbeitsbegriff.

2. Kritische Reflexion des heute gültigen engen Ökonomie- und Arbeitskonzepts

Die Hauptursache für die beiden Hauptprobleme, die das Forschungsfeld „Arbeit und Ökologie“ betreffen, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, liegt m. E. in einem engen Verständnis von Ökonomie als Markt-Ökonomie und in der Annahme, diese sei autonom, d. h. unabhängig von der sozialen Lebenswelt und der natürlichen Mitwelt. Die soziale Lebenswelt und die natürliche Mitwelt werden sozusagen als unhinterfragte Existenzbedingungen der Marktökonomie angesehen, die nützlich sind für die Produktion unseres Wohlstands, die aber die Kosten dieses Wohlstands als eigene Zerstörung zu tragen haben. Diese Konzept ist dargestellt in Abbildung 1.

Abb. 1: Die autonome Marktökonomie



Die natürliche Mitwelt dient der Marktökonomie (da diese selbst vielfältig ist, steht in Abbildung 1 „Marktökonomien“) und ihrer auf Erwerbsarbeit reduzierten Arbeit als Quelle für Rohstoffe und als Senke für Abfälle, die soziale Lebenswelt als „Quelle“ von Erwerbsarbeitskraft, die ja in der Marktökonomie selbst nicht als Ware produziert werden kann, und als „Senke“ für die Konsumgüter, die die Marktökonomie durch den Verkauf an die KonsumentInnen wirklich los wird – sie braucht sich nicht mehr um deren weiteren Verbleib zu sorgen.

Mit diesem Ökonomie-Bild ist ein enger Arbeitsbegriff verbunden: Nur Erwerbsarbeit (EA) gilt als Arbeit. Und nur über diese Erwerbsarbeit erhalten die arbeitenden Gesellschaftsmitglieder Einkommen. Andere Tätigkeiten werden nicht mit Geld bezahlt, gelten als Nicht-Arbeit, sind daher Wert-los (vgl. zu dieser Kritik auch Scurrell

1997). Über Erwerbsarbeit wird die Zugehörigkeit zur Gesellschaft bestimmt. Der Kern des Gesellschaftsvertrags ist also der individuelle Arbeitsvertrag, der besagt: Gib Arbeit (genauer: Arbeitskraft), so erhältst du Lohn, mit dem du Konsumgüter kaufen kannst (genauer: mußt). Die gleichermaßen über diesen Vertrag geregelte Teilnahme an der Erwerbsarbeit wie an den Konsumgütern regelt somit die Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Nicht-Erwerbsarbeitende, Nicht-EinkommensbezieherInnen sind daher keine vollwertigen Gesellschaftsmitglieder (vgl. Biesecker/v. Winterfeld 1998).

Mit diesem Ökonomie-Bild ist auch eine dualistisch-hierarchische Struktur verbunden: Diese stellt die Ökonomie als zweigeteilt dar, zweigeteilt in:

- öffentliches Sphäre und private Sphäre;
- Marktökonomie und Haushalt/Familie;
- produktive Erwerbsarbeit und reproduktive Tätigkeiten;
- männliche Arbeit und weibliche Nicht-Arbeit.

Die Handlungsprinzipien, die in dieser Ökonomie als Marktökonomie gelten, sind: Eigennutz, Konkurrenz, Wachstum und Kurzfristigkeit. Ökonomisches Handeln ist auf individuelles Nutzenmaximieren hin orientiertes Handeln.

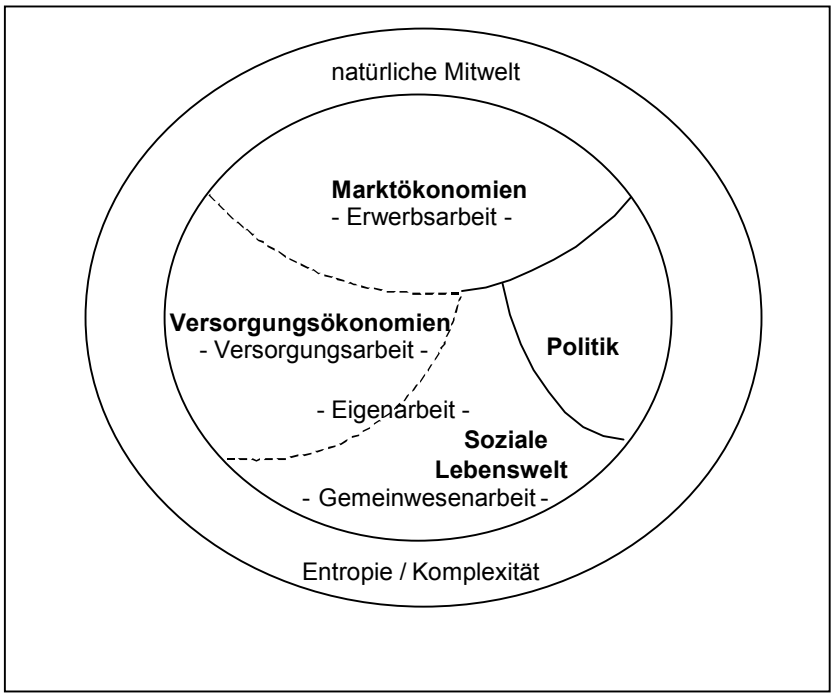
Diese Markt-Ökonomie ist kapitalistisch organisiert. Kapital wird in der Produktion eingesetzt, um Profit zu erwirtschaften. Je produktiver die Arbeitskraft ist, die für dieses Kapital arbeitet, desto weniger Arbeitskräfte werden für die Produktion einer Wareneinheit bzw. für eine Dienstleistung benötigt. Fortschritt ist Produktivitätsfortschritt der Arbeit und drückt sich in dieser Ökonomie daher aus als Freisetzung von Arbeitskraft, als Arbeitslosigkeit, verbunden mit Einkommenslosigkeit.

Das ist paradox, denn eigentlich geht es bei dieser freien Zeit um die „Früchte des Fortschritts“. Für die griechischen Philosophen der Antike wäre es das Höchste gewesen, die Gesellschaft so produktiv zu machen, daß immer weniger Erwerbsarbeit nötig wäre, und daß man (die Frauen waren davon ausgeschlossen, insofern ist dies kein Vorbild für Zukunftsfähigkeit!) sich in der freien Zeit dem eigentlichen Sinn des Lebens, der Politik und Philosophie, widmen könnte. Heute aber können wir mit diesen Früchten des Fortschritts nicht umgehen – wir erkennen sie nicht einmal als Früchte, sondern sehen sie als Makel an, an dem wir möglichst nicht teilhaben wollen. So verteilen wir diese freie Zeit auch nicht unter allen, sondern überlassen sie einigen wenigen, die aufgrund des Übermaßes davon gar nichts haben – den Arbeitslosen. (Der Ausdruck „Früchte des Fortschritts“ ist auch in anderer Hinsicht zwiespältig, z. B. bezüglich der ökologischen Qualität der Produkte und Produktionsprozesse).

3. Eine Alternative: Das erweiterte Ökonomie-Verständnis im Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“

Ein erweitertes Ökonomie-Verständnis zeigt, daß dies nur die halbe ökonomische Wahrheit ist. Verstehen wir Ökonomie nicht als autonom, sondern als eingebettet in die soziale Lebenswelt und die natürliche Mitwelt, so wird die andere ökonomische Hälfte sichtbar: die Versorgungsökonomie (vgl. dazu Abbildung 2).

Abb. 2: Die eingebettete Ökonomie



Diese wird im Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ nicht nur integriert, sondern sogar zum Ausgangspunkt genommen. „Der blinde Fleck ist das Ganze“ (Hofmeister 1995) – dieser kritische Blick auf das Bild von der gespaltenen Ökonomie ist ein zentraler Ausgangspunkt für die Vorstellung vom „Vorsorgenden Wirtschaften“. In diesem Konzept (vgl. dazu Busch-Lüty et al. 1994, Biesecker et al. 1997) wird Ökonomie verstanden als eingebettet sowohl in die soziale Lebenswelt als auch in die natürliche Mitwelt. Ökonomie ist von vornherein Einheit von Versorgungsökonomie und Marktökonomie. Als die Versorgungsökonomien (wieder gibt es viele Arten, weshalb ich hier vom Plural spreche) sind dabei die ganzen versorgungswirtschaftlichen Bereiche im Rahmen von Hausarbeit, Gartenarbeit, kleiner Landwirtschaft, Kinder-, Alten-, Krankenversorgung und Nachbarschaft gemeint. Ökonomie wird jetzt über drei

Dimensionen definiert, die monetäre, die soziale, die physische. So kommen wirklich alle Kosten und Erträge des Wirtschaftens in den Blick, so ist auch die ganze Arbeit erfaßbar. Aus dem Blickwinkel des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ erweist sich die bestehende Ökonomie als geschlechtsspezifisch geteilt und geschlechtshierarchisch organisiert, da nur die männlich dominierte Marktökonomie zählt, die weiblich verantwortete Versorgungsökonomie aber als „unhinterfragte Existenzbedingung“ des Marktes vorausgesetzt wird.

Gemäß dem Verständnis vom „Vorsorgenden Wirtschaften“ sind es jedoch gerade die versorgungsökonomischen Tätigkeiten, die die Grundlage allen Wirtschaftens bilden. Hier spielt sich das Entscheidende, das Regenerative, ab – die Marktökonomie ist Mittel, diese lebenswichtigen Prozesse zu stützen. Genau wie die natürliche Mitwelt mit ihren Ressourcen und Möglichkeiten der Aufnahme und Verarbeitung von Abfällen sind die wirtschaftlichen Tätigkeiten im versorgungswirtschaftlichen Bereich in diesem Konzept der Ökonomie unabdingbare Voraussetzungen jeglichen Wirtschaftens.

In den Versorgungsökonomien geht es um andere Handlungsprinzipien als in den Marktökonomien. Diese Prinzipien sind:

- Vorsorgen statt (eigennütziges) Nachsorgen;
- Kooperieren statt Konkurrieren;
- Orientieren am für das Leben Notwendige bzw. am „guten Leben“ anstatt an Maxima und Wachstum.

Im Begriff „Vorsorgen“ ist dabei das Sorgen enthalten, das Sorgen für sich und andere einschließlich der natürlichen Mitwelt und zukünftiger Generationen. Sorgen ist von vornherein eine soziale Beziehung. Gleichzeitig ist es eine Haltung, eine Einstellung zur Welt. Die Regeln eines „guten Vorsorgens“ gilt es gesellschaftlich zu definieren. Kooperieren meint hier mehr als das strategische Kooperieren zwecks gemeinsamen Gewinnmaximierens. Vielmehr ist Kooperieren hier ein Verständigungsprozeß, Kooperation ist verständige Kooperation (vgl. dazu Biesecker 1994). Hier wird nicht nur über die Definition von Zielen, sondern auch über die Wege dorthin diskutiert und kooperiert. Dieser Kooperationsprozeß ist somit ein zielorientierter, dennoch zieloffener Prozeß. Und das Wohlfahrtskriterium des „guten Lebens“? Es ist ebenfalls offen, nicht eindeutig. Ähnlich wie bei der Bestimmung der Regeln eines guten Vorsorgens ist auch hier ein gesellschaftlich-diskursiver Bestimmungsprozeß nötig. Es sind viele Konzeptionen eines „guten Lebens“ gleichzeitig möglich. Sie zu koordinieren ist auch ein Problem der Gerechtigkeit und benötigt einen gesellschaftlich-diskursiven Verständigungsprozeß.

Während die Handlungsprinzipien in der herkömmlichen Marktökonomie „unternehmerische Prinzipien“ sind (z. B. Gewinnoptimierung, Konkurrenz, Kurzfristigkeit), kommt im „Vorsorgenden Wirtschaften“ das Prinzip des Haushaltens in den Blick. Merkmale einer solchen Haushaltsökonomie sind (vgl. dazu Hofmeister 1999, S. 89):

- Verbindung von Gegenwärtigkeit und Zukunftsorientierung des Wirtschaftens,

- Rhythmik und Ungleichzeitigkeit wirtschaftlicher Tätigkeit (Orientierung an „Eigenzeiten“ statt an der linearen, genormten Zeit),
- Überschauen der räumlichen Dimension wirtschaftlicher Tätigkeiten und ihrer Folgen (Orientierung an den räumlichen Besonderheiten),
- Verbindung von Versorgung und „Entsorgung“ (ich spreche hier lieber von „Rückführen“) sowie
- Verbindung von Gestaltung mit Erhaltung (Einheit von „Produktion“ und „Reproduktion“).

Diese Prinzipien des Haushaltens unterscheiden sich von den bisher vorrangig gültigen Prinzipien des Unternehmens in der Marktökonomie. Diese lassen sich als „Orientierung auf die Gegenwart und linearen Zeiten, nicht berücksichtigte räumliche Dimensionen (so lange sie kein Kostenfaktor sind), Input-Output-Organisation sowie Vernachlässigung der Reproduktion“ kennzeichnen. Allerdings wird diese Entgegensetzung heute der Realität unternehmerischen Handelns nicht mehr vollständig gerecht. Im Workshop am 3.6.1999 im Wissenschaftszentrum Berlin machte insbesondere Willy Bierter darauf aufmerksam, daß mit dem „Ende der Herstellerwirtschaft“ und dem Beginn einer „Systemerhaltungswirtschaft, Dienstleistungswirtschaft, Qualitätswirtschaft sowie einer Maßproduktion“ gerade auch haushälterische Prinzipien im unternehmerischen Handeln immer wichtiger werden. Das Prinzip der Verbindung von Gestaltung und Erhaltung, von Herstellen und Wiederherstellen gilt etwa im materialwirtschaftlichen Bereich von Unternehmen schon lange. Kapitalerhalt ist auch ein langfristiges Problem, und durch neue Formen der Kreislaufwirtschaft und Produktverantwortung einschließlich Rücknahmeverpflichtung wird der Zusammenhang von Produktion und Reproduktion jetzt auch im unternehmerischen Bereich immer bewußter gestaltet. Auch das Prinzip der Vorsorge findet sich z. B. in Konzepten der Steigerung der Ressourcenproduktivität, wodurch vorsorgend die natürliche Mitwelt geschont wird. Und Kooperation ist in Unternehmen heute auch mehr als strategische Kooperation. So kennen wir inzwischen Kooperationen entlang der Produktlinie, Kooperationen zwischen Unternehmen und Kunden im Rahmen von Stakeholder-Konzepten oder Kooperationen zwischen Unternehmen und einer Region zwecks gemeinsamer Senkung der Emissionen (sogenannte Eco-Industrial-Parks).

„Das Ganze des Wirtschaftens“ zu gestalten, und zwar nach den Kriterien „lebensfreundlich“ und „naturgemäß“, bedeutet nach diesen Überlegungen, haushälterische Handlungsprinzipien in allen Bereichen des Wirtschaftens zu entwickeln. Das heißt aber nicht, daß herkömmliche unternehmerische Prinzipen vollständig überflüssig sind. Hier kommt es auf eine je spezifische, dem jeweiligen Wirtschaftsbereich angemessene Mischung an.

4. Entwicklung eines erweiterten Arbeitsbegriffs

Die Erweiterung des ökonomischen Blicks hat auch Konsequenzen für den Arbeitsbegriff. Arbeit ist jetzt vielfältig (vgl. auch hierzu Scurrell 1997): Sie ist zunächst Erwerbsarbeit (EA), die Waren und Dienstleistungen produziert, und Versorgungsarbeit (VA), die Lebensmöglichkeiten hervorbringt. Aber sie ist noch mehr. Denn die soziale Lebenswelt löst sich ja nicht vollständig in der Versorgungsökonomie auf, sondern kennt ihre eigenen Arbeitsarten: Wir nennen sie heute Gemeinwesenarbeit (GemA) oder BürgerInnen-Arbeit (vgl. dazu Beck 1998 sowie die Studie der Kommission für Zukunftsfragen von 1997) und Eigenarbeit (EiA). Dabei meint Gemeinwesenarbeit oder BürgerInnen-Arbeit solche Arbeit, in der für die Gesellschaft wichtige und nützliche Dinge hergestellt werden. Scherhorn nennt sie „Gemeinschaftsgüter" (vgl. Scherhorn 1998). Dies sind z. B. Umweltstandards durch Agenda 21-Tätigkeiten oder Sozialstandards durch Engagement in NGOs wie z. B. der Österreichischen Armutskonferenz. Gemeinschaftsgüter sind häufig immaterielle Güter. Und Eigenarbeit ist selbstbestimmte Arbeit für sich allein, hier werden Dinge für die Selbstversorgung hergestellt. Es können handwerkliche, kulturelle oder soziale Produkte sein (vgl. Redler 1998). Kategorial gehört diese Arbeit sowohl in die Versorgungsökonomie als auch in den anderen Teil der sozialen Lebenswelt. Redler unterscheidet daher „private Eigenarbeit im eigenen Haushalt und im nachbarschaftlichen Austausch von öffentlicher Eigenarbeit in offenen Einrichtungen" (Redler 1999, S. 6). Eigenarbeit trägt zur Reduktion des Warenkonsums bei und ist insofern ein Beitrag zu zukunftsfähigem Konsum. Außerdem kann sie Basis für die Entstehung von Autonomie sein, insbesondere dort, wo sie „Lernen" beinhaltet.

Bei dieser Ausdehnung und Vervielfältigung des Arbeitsbegriffs stellt sich leicht die Frage, ob sich dann alles in Arbeit auflöst. Das läßt sich mit einer Definition von Arbeit klären. Ich verwende hier die Definition von Kambartel, bei dem es heißt *„Arbeit im gesellschaftlichen Sinne, kurz: gesellschaftliche Arbeit* heißt eine Tätigkeit für andere, welche am „allgemeinen", durch die Form der Gesellschaft bestimmten Leistungsaustausch zwischen ihren Mitgliedern teilnimmt" (Kambartel 1994, S. 126). Allerdings interpretiere ich „gesellschaftlichen Leistungsaustausch" anders als Kambartel: Für ihn fällt die Versorgungsarbeit heraus, ist nicht Arbeit, sondern Praxis, gehört zu den „allgemeinen Bedingungen des menschlichen Lebens" (Kambartel 1994, S. 133). Hier treffen wir wieder auf die Ausgrenzung der Versorgungsarbeit aus der Öffentlichkeit, der Gesellschaft. Aus der Perspektive des „Vorsorgenden Wirtschaftens", aus der Perspektive „des Ganzen" also, ist die Aufteilung in Marktökonomie und Versorgungsökonomie jedoch Teil der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, ist Versorgungsarbeit Teil des gesellschaftlichen Leistungsaustausches.

Wie sieht es aber mit der Eigenarbeit aus? Kambartels Arbeitsbegriff läßt hier eine klare Antwort zu: Eigenarbeit, die ausschließlich auf die eigene Person gerichtet ist, ist keine Arbeit. Für ihn ist sie Praxis, ich selbst nenne sie lieber „selbstbestimmte Tätigkeit". Damit wäre die „private Eigenarbeit" für sich selbst keine Arbeit, sondern

„selbstbestimmte Tätigkeit“. Das gilt auch für „Lernen“, wenn es nicht zweckgerichtet auf Arbeit erfolgt, sondern für das eigene Vergnügen oder zur Stärkung der Autonomie. Eigenarbeit im nachbarschaftlichen Austausch sowie öffentliche Eigenarbeit dagegen ist auch gemäß dem Arbeitsbegriff Kambartels als Arbeit zu bezeichnen.

Allerdings: Auch wenn mit diesem erweiterten Ökonomie-Verständnis die anderen Arten von Arbeit sichtbar und damit überhaupt gestaltbar werden, so sind sie in der heutigen ökonomischen Realität doch nicht gleichwertig. Nur Erwerbsarbeit „bringt Geld“, und deshalb zählt nur Erwerbsarbeit. Die anderen Arbeiten sind sozusagen Wert-los. Außerdem sind diese Arbeiten geschlechtshierarchisch verteilt. Gut bezahlte Erwerbsarbeit z. B. ist männlich, Versorgungsarbeit typischerweise weiblich. Dazwischen gibt es viele schlechter bezahlte Beschäftigungsverhältnisse für Frauen. Die Vollzeit-Erwerbsarbeit bleibt dabei in der Hierarchie oben. Hier wird auch deutlich, daß der Gesellschaftsvertrag, dessen Kern der oben erwähnte individuelle Erwerbs-Arbeitsvertrag ist, eine zweite Komponente hat – den Geschlechter-Vertrag. Herkömmlicherweise bedeutet er, daß der Mann Erwerbsarbeit leistet, die bezahlt wird, und die Frau die Versorgungsarbeit leistet, die nicht bezahlt wird. Die Frau erhält aus der Hand des Mannes ihre Lebens-Mittel, über die sie sich als Konsumentin an der Gesellschaft beteiligen kann.

Das erweiterte Ökonomie-Verständnis macht auch deutlich: Arbeitslosigkeit und Einkommenslosigkeit sind jetzt nicht mehr identisch. Viele Menschen, insbesondere Frauen, arbeiten ohne eigenes Einkommen. Sichtbar werden viele Formen des Arbeitens, die zwar für die soziale Lebenswelt und die natürliche Mitwelt nützlich sind, aber bisher nicht geleistet werden bzw. nicht gesellschaftlich wertgeschätzt sind. Die Entwicklung dieser Tätigkeitsbereiche und ihrer Wertschätzung, so meine These, bereitet – zusammen mit der Weiterentwicklung der Erwerbsarbeit hin zu „guter Erwerbsarbeit“ (so Willy Bierter am 5.6.1999) – den Boden für zukunftsfähiges Arbeiten mit Vollbeschäftigung. Beispielhaft läßt sich hier die Erziehungsarbeit anführen, die heute zum großen Teil brachliegt, da Männer nicht die Lücken schließen, die durch die weibliche Erwerbsarbeit entstanden sind. Beispielhaft ist auch die Altenpflege zu nennen, die mit Hilfe gesetzlicher „In-Wert-Setzung“ marktfähig gemacht wird, in Erwerbsarbeit verwandelt wird, anstatt sie als sorgende Tätigkeiten gesellschaftlich aufzuwerten und „lebensdienlich“ (Ulrich 1997) zu gestalten. Andere Beispiele sind die heute von vielen geleistete gesellschaftliche Arbeit im Prozeß der Agenda 21, in der ökologischen Land- und Forstwirtschaft oder in Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften sowie die Recycling-Arbeit, die in allen Haushalten geleistet wird.

Ein ganz wichtiger Bereich dieser bisher nicht oder zu gering geleisteten gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist die Arbeit der Mediation. Sie dient zum einen der Unterstützung von gesellschaftlichen Diskursen zur Lösung von Konflikten, wie sie z. B. im Umweltbereich, zwischen Nachbarschaften oder zwischen Anbietern und Nachfragern auftreten. Solche Mediation findet heute vielfach im Prozeß der Agenda 21, zur Lösung von Umweltkonflikten, aber auch zwischen Unternehmen oder zwischen Unternehmen und ihren Kunden statt. Sie dient zum zweiten dem Herausfinden

neuer Bewertungsmaßstäbe und Handlungsregeln. Und sie ist drittens nötig für die oben genannten gesellschaftlich-diskursive Bestimmung vom „guten Leben“.

Gemäß dieser Überlegungen ist Arbeit vielfältig. Dabei löst sich nicht alle Zeit in Arbeit auf, es bleibt (und in einer zukunftsfähigen Gesellschaft ist das ein wachsender Teil) auch Zeit für Muße (vgl. Biesecker 1997).

5. Gestaltung des „Ganzen der Arbeit“ in kooperativer Vielfalt

Diese Vielfältigkeit von Arbeiten im jetzt erweiterten Arbeitsbegriff bringt eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten des ganzen „Arbeitskörpers“ mit sich. Das ist nicht nur eine Aufgabe im Sinne von Beschäftigungspolitik, sondern, insbesondere in der Langfristperspektive des „Vorsorgenden Wirtschaftens“, eine Frage der Stabilität. Das lehrt uns die moderne Naturwissenschaft: Ihr gemäß ist Leben ein Prozeß, der durch Mobilisierung von Kräften und Gegenkräften aus Instabilitäten Stabilitäten herstellt. Lebendiges ist Materie in der Nähe von Instabilität. Bleiben diese Gegenkräfte aus bzw. werden sie vernachlässigt, werden die Kräfte übermäßig und zerstören mögliche Gegenkräfte, mögliche Stabilitätsbedingungen. Das ist auch der Fall, wenn Ökonomie ausschließlich als Marktökonomie und Arbeit ausschließlich als Erwerbsarbeit definiert wird. Die Gegenkräfte gegen dieses enge Arbeitsverständnis werden dann nicht berücksichtigt, z. B. kann Erwerbsarbeitslosigkeit nicht durch Versorgungsarbeit, Gemeinwesenarbeit oder Eigenarbeit kompensiert werden. Wir wissen heute, daß Entwicklung unsicher ist, daß Entwicklungspfade offen sind. Lebens-, Überlebensfähigkeit wird an der Kompetenz zur flexiblen Anpassung gemessen. Die „kooperative Vielfalt im Ganzen“ des erweiterten Arbeitsbegriffs ermöglicht diese Flexibilität: „Die Vielfalt ist eine Möglichkeit der Flexibilität. Und maximale Flexibilität sichert langfristig Überlebensfähigkeit. Die Vielfalt in unseren Kulturen ist nicht aufgesetzt, sondern schafft im wesentlichen die Rahmenbedingungen für langfristiges Überleben durch Adaption an Situationen, die wir prinzipiell nicht kennen können.“ (Dürr 1998, S. 9)

Die Herausbildung einer autonomen Marktökonomie mit dem engen Erwerbsarbeitsbegriff bedeutete eine Abspaltung eines Teils der Ökonomie vom Ganzen, eines Teils der Arbeit ebenfalls vom Ganzen. Die Gestaltungsaufgabe besteht darin, dieses Ganze wieder herzustellen. Dabei kann es nicht darum gehen, die ausdifferenzierten Bereiche mit ihren je eigensinnigen und sinnvollen Regelungen einfach zu vermischen. Basis dieser Gestaltung sind die jeweils herausgebildeten Spezialitäten. Für ein zukunftsfähiges Arbeitsmodell geht es darum, deren Potentiale für die Weiterentwicklung der Gesellschaft, ihrer Ökonomien und ihrer Arbeitsformen zu nutzen.

Damit kann die Gestaltungsaufgabe nach dieser Konzeption nicht heißen, ausschließlich die Marktmechanismen am Arbeitsmarkt in Bewegung zu setzen. Vielmehr geht es darum, die genannten verschiedenen Formen der Arbeit zu fördern, also ein Arbeitsmodell zu entwickeln, das auf kooperative Vielfalt setzt, um dieses sodann als Ganzes zu gestalten. Die Gestaltung zukunftsfähigen Arbeitens besteht damit sowohl in der Förderung von einzelnen Arbeitsformen und deren Neu- oder überhaupt Be-Wertung als auch in der Gestaltung des „Ganzen der Arbeit“ als kooperative Einheit. Ich nenne dies „Arbeitsstrukturpolitik“. Was kann das im Einzelnen bedeuten?

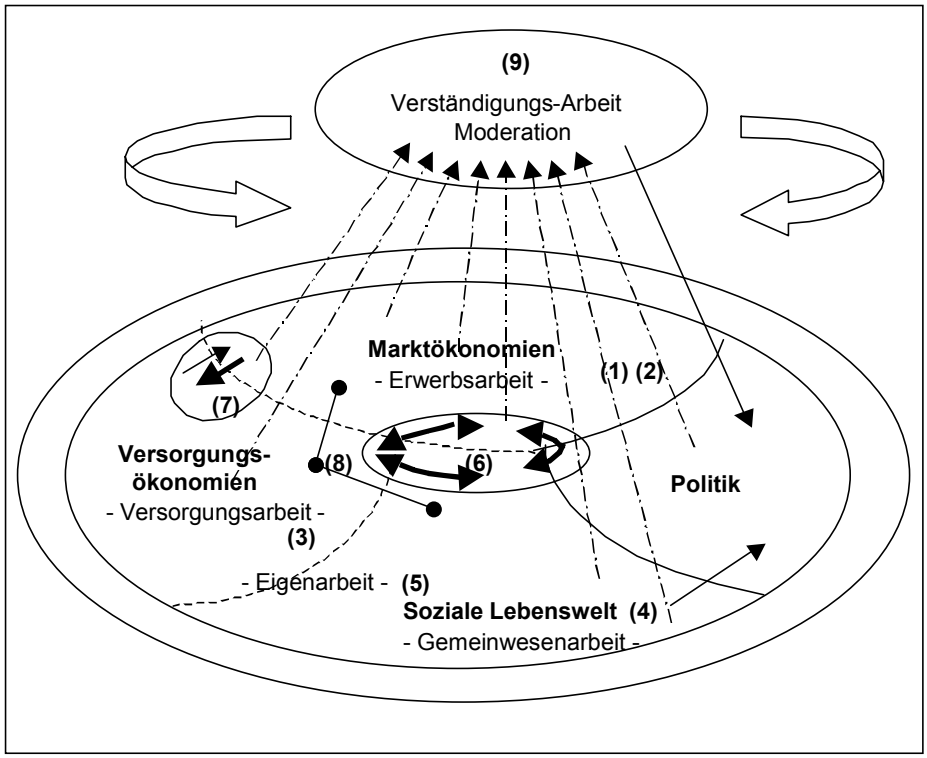
5.1 Förderung der verschiedenen Formen des Arbeitens

Meine Vorstellung von einer „kooperativen Vielfalt“ schließt zwar Spezialisierungen nicht aus, bedeutet jedoch keinesfalls, daß die Erwerbsarbeit nur bei einigen wenigen konzentriert ist, während alle anderen die neuen Formen des Arbeitens verrichten. Vielmehr meint „kooperative Vielfalt“ gerade auch, daß jede und jeder mehrere Formen des Arbeitens leisten können wird. Die Grundlage dafür ist somit eine Umverteilung der Erwerbsarbeit. Diese Umverteilung kann z. B. über eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden oder über ein so spezifisches Modell wie das VW-Modell erfolgen. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung setzt zum einen Erwerbsarbeit frei, die von den bisherigen Arbeitskräften nicht mehr geleistet werden kann, und macht dadurch die Einstellung neuer Erwerbsarbeitskräfte möglich. Das bedeutet eine Umverteilung von Erwerbsarbeit auf heute Erwerbsarbeitslose. Zum anderen setzt diese generelle Arbeitszeitverkürzung Zeit für Versorgungs-, Gemeinwesen- und/oder Eigenarbeit frei. Erste wissenschaftliche Untersuchungen des VW-Modells (generelle Arbeitszeitverkürzung auf 28,8 Stunden, d. h. Freisetzung von 7,2 Stunden ehemaliger Erwerbsarbeitszeit für andere Tätigkeiten) zeigen, daß freie Zeit nicht etwa automatisch für Versorgungsarbeit verwendet wird, daß also nicht automatisch die oben genannte Lücke in der Versorgungsarbeit geschlossen wird (vgl. Jürgens/ Reinecke 1997). Offenbar ist eine starke gesellschaftliche Aufwertung dieser Arbeit nötig, um sie für bisher voll in der Erwerbsarbeit tätige Männer attraktiv zu machen. Aber auch über gesellschaftliche Verpflichtung auf die verschiedenen Formen der Arbeit muß wohl nachgedacht werden. Arbeitsstrukturpolitik für zukunftsfähiges Arbeiten ist also zum einen Arbeitszeitpolitik, verbunden mit Erwerbsarbeit-Umverteilung. Dieser Politikbereich ist mit (1) in Abbildung 3 gekennzeichnet.

Förderung der Erwerbsarbeit in diesem Konzept einer Arbeitsstrukturpolitik für Zukunftsfähigkeit bedeutet zum zweiten die Förderung neuer Erwerbsarbeitsbereiche. Zu diesen gehören etwa neue Dienstleistungen (z. B. Transport-Dienstleistungen anstelle von Autos, menschennahe Dienstleistungen), die Entwicklung neuer, insbesondere naturgemäßer Arbeitsfelder wie Recycling-Arbeit, Rückbau-Arbeit oder Reparaturarbeiten zur Verlängerung des Lebenszyklus der Konsumgüter, die Förderung von Selbständigkeit (wobei es hier vor allem auf entsprechende, diese Projekte wertschätzende Finanzierungsmodelle ankommt) sowie die Förderung der Erwerbsarbeit in solchen Organisationen, in denen im weitesten Sinne Gemeinwesenarbeit geleistet wird (häufig sind das sogenannte Non-Profit-Organisationen). Dieser Politikbereich ist mit (2) in Abbildung 3 gekennzeichnet.

Bezüglich der Versorgungsarbeit, dem dritten Feld im hier entwickelten Konzept, geht es keinesfalls darum, hier neue Arbeitsfelder zu entwickeln – Versorgungsarbeit ist genug zu tun, und insbesondere im Bereich der Arbeit mit Kindern und der Pflegearbeit mit alten Menschen entsteht sie immer wieder neu. Hier geht es vor allem um die Aufwertung dieser Arbeit und ihre Ausgestaltung. Die Aufwertung könnte z. B. über ein gesellschaftliches Grund- oder BürgerInnen-Einkommen erfolgen, verbunden mit einer Absicherung von Rentenansprüchen über Versorgungsarbeit. Die Ausgestaltung könnte und müßte über soziale Infrastruktureinrichtungen wie Kinderkrippen, Kindergärten und Gemeinschaftsküchen, aber auch über Formen des

Abb. 3: Die Gestaltung des „Ganzen des Arbeitens“



gemeinsamen Wohnens von unterschiedlichen Generationen geschehen. Dazu gehört ebenfalls eine zu diesen Arbeiten passende Verkehrspolitik, die die verschiedenen Räume, in denen sie sich abspielen, benutzerfreundlich zusammenbindet (vgl. dazu Spitzner 1997). Insgesamt kommt es hier darauf an, diese Arbeit als kompetente, professionelle gesellschaftliche Arbeit deutlich zu machen. Dazu gehört dann auch eine entsprechende Qualifizierung und Weiterbildung. Dieser Politikbereich ist mit (3) in Abbildung 3 gekennzeichnet.

Auch bei der Gemeinwesen- oder BürgerInnen-Arbeit, dem vierten Bereich, geht es nicht so sehr um das „Erfinden“ neuer Tätigkeiten (das machen die Menschen schon selbst, ihre Initiative gilt es zu unterstützen), sondern um deren „In-Wert-Setzung“ über gesellschaftliche Anerkennung (wie bei der Versorgungsarbeit z. B. über den Erwerb von Rentenansprüchen, das Erhalten eines BürgerInnen-Einkommens und gesellschaftlich ermöglichte Qualifizierung und Weiterbildung) und entsprechende infrastrukturelle Unterstützung. Arbeitsfelder, die sich gegenwärtig hier entwickeln, sind Felder moderner Wohlfahrtspflege wie Suppenküchen, „Bremer Tafel“ oder „Berliner Tafel“, VerbraucherInnen-Gruppen, Naturschutzgruppen, Bürgerinitiativen, Beteiligungen an Mediationsverfahren z.B. im Umweltschutz, Tauschringe und Runde Tische im Prozeß der Agenda 21. Ulrich Beck schlägt hier die Organisationsform als „Gemeinwohl-Unternehmer“ vor, der dem „Ausschuß für Bürgerarbeit“ verantwortlich ist und von ihm ausgewählt wird. „Dieser „visionäre Pragmatiker“ soll eine charismatische Führungspersönlichkeit sein, die ungelöste Aufgaben identifizieren und dafür brachliegende Ressourcen mobilisieren kann“ (Beck 1998, S. 62).

Diese Organisationsform halte ich aus zwei Gründen für unglücklich: Zum einen entspricht sie nicht der Entfaltung der Initiative von unten, sondern setzt wieder auf einzelne (männliche?) Führungspersönlichkeiten. Darüber wird gerade verhindert, daß sich die Vielfalt der Kompetenz, die bei den „BürgerInnen als Lebens-ExpertInnen“ vorhanden ist, entfalten kann. Zum anderen wäre es m. E. besser, von der Gemeinwohl-HaushälterIn zu sprechen, da es ja nicht in erster Linie um das unternehmerische Prinzip, das gewinnorientiert ist, geht, sondern um das Prinzip des Haushaltens, wie es oben entwickelt wurde. Dieser Politikbereich ist mit (4) in Abbildung 3 gekennzeichnet. Der Pfeil in das Feld „Politik“ hinein soll dabei deutlich machen, daß die Entwicklung dieses Arbeitsfelds selbst politikverändernd wirkt, da hier „Politik von unten“ gemacht wird. Hier entsteht das, was Widmaier „Demokratie als Lebensform“ nennt oder als „Entdeckungsverfahren“ bezeichnet (vgl. Widmaier 1999 sowie Widmaier/Wichert 1995).

Bei der Förderung von Eigenarbeit, dem fünften Gebiet im hier entwickelten Arbeitsstruktur-Konzept, geht es insbesondere nicht um das Erfinden neuer Felder, sondern um die Unterstützung von Eigeninitiativen. Das kann z. B. bedeuten, die schon bestehenden „Häuser der Eigenarbeit“ räumlich und finanziell zu unterstützen. Es kann auch heißen, die Entstehung neuer ähnlicher Einrichtungen zu fördern. Insbesondere geht es hier aber darum, diese Tätigkeit gesellschaftlich als wertvolle Beschäftigung deutlich zu machen und sie auch als „Baustein für nachhaltigen Konsum“ (Redler 1998, S. 65) bewußt zu machen. Eigenarbeit ist somit auch eine Möglichkeit, dem Konsum-Terror durch Eigen-Produktion zu entfliehen (vgl. dazu Teil 5 dieses Aufsatzes). Dieser Politikbereich ist in Abbildung 3 mit (5) gekennzeichnet.

5.2 Förderung des „Ganzen der Arbeit“

Für die Gestaltung zukunftsfähigen Arbeitens, das wurde oben schon deutlich, reicht es jedoch nicht aus, die genannten Arbeitsformen getrennt zu entwickeln. Es geht ja auch und gerade um die Schaffung von Verbindungslinien zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen Erwerbsarbeit und Versorgungsarbeit. Denn das Fehlen solcher Verbindungen verursacht gemäß meiner Analyse das Problem der sogenannten Arbeitslosigkeit, weil sie den Blick auf das „Ganze der Arbeit“ verstellt. Und es geht um die Gestaltung dieses „Ganzen der Arbeit“ als Einheit ohne Hierarchie. Nur mit Hilfe dieser Einheit kann die herkömmliche, lineare, markt-ökonomisch enge Produktionsweise in eine kreislaufförmige, kooperative Produktionsform verwandelt werden, in der die „Kosten des Wohlstands“ nicht nur durch Recycling beseitigbar sind, sondern durch eine „ökologische Stoffwirtschaft“ gar nicht erst entstehen (die Kosten werden von Scherhorn et al. inzwischen auf 53% des Sozialprodukts geschätzt, vgl. Scherhorn et al. 1997; zum Konzept der „ökologischen Stoffwirtschaft“ vgl. Hofmeister 1998).

Hergestellt werden können solche Verbindungen der verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitsbereiche auf unterschiedlichen Wegen:

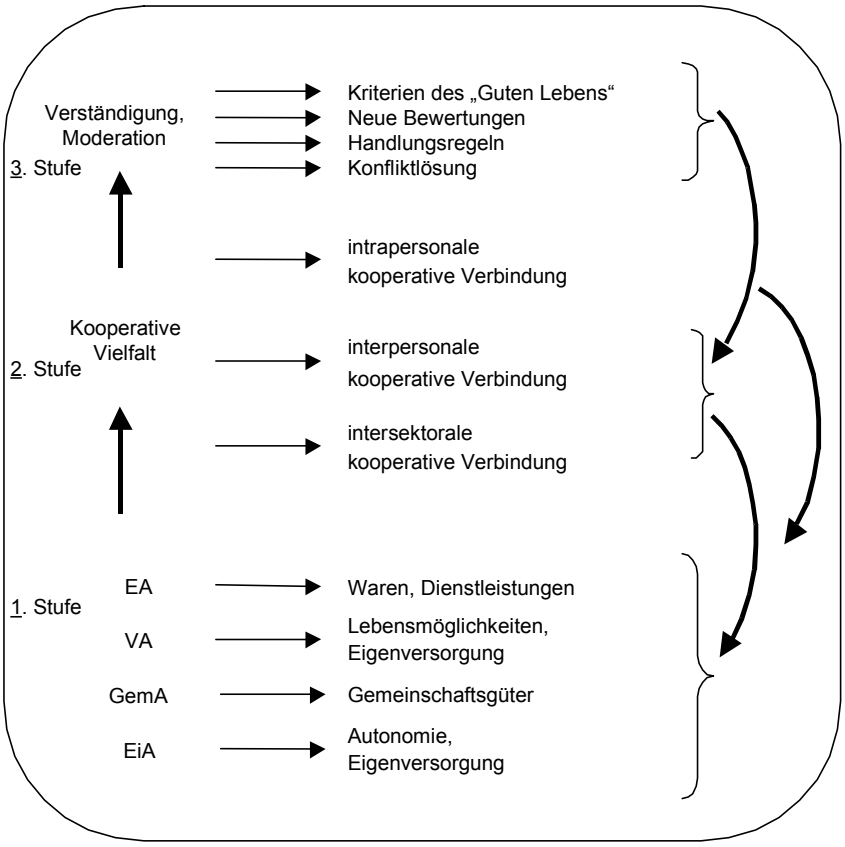
- Der erste Weg ist die Verbindung von Produktion und Reproduktion, von Gestaltung und Erhaltung. Das bedeutet das kooperative Zusammenbinden verschiedener Arbeitsarten. Nötig ist dazu institutionalisierte Abstimmung der verschiedenen Sektoren aufeinander. Formen sind hier Kooperationen entlang der Produktlinie, Kooperationen zwischen verschiedenen Unternehmen mit dem Ziel der Null-Emission in sogenannten „Eco-Industrial-Parks" oder Kooperationen in Bedürfnisfeldern wie Ernährung oder Wohnen. Hier sind alle (regionalen oder lokalen) AkteurInnen einbezogen, seien es UnternehmerInnen, VerbraucherInnen, HändlerInnen und NGOs. Andere Beispiele sind Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, Kunden-Dialoge von Unternehmen, Fahrgast-Foren von Verkehrsunternehmen oder Runde Tische. Auch regionale Verbünde mit dem Ziel der Re-Regionalisierung von Arbeit gehören hierher (vgl. Ziffer 6 in Abbildung 3). Ich nenne dies „intrasektorale kooperative Verbindung".
- Der zweite Weg ist der der Neugestaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und damit der Umverteilung der verschiedenen Arbeitsformen. Nötig ist dafür vor allem eine verstärkte Übernahme der Versorgungsarbeit durch Männer und entsprechendes Überlassen gut bezahlter Erwerbsarbeit für Frauen. Schaffen von Verbindungen heißt auch und gerade Überwindung der geschlechtsspezifischen Zuweisung von Arbeitsbereichen. Das funktioniert jedoch nur, wenn die Versorgungsarbeit – wie oben diskutiert – auch zu Einkommen und Rentenansprüchen führt und entsprechend attraktiv ist. Die Vision, die hier dahinter steht, ist die der „Caregiver Parity", einer wirklichen Geschlechter-Parität zwischen den die sorgenden Tätigkeiten ausführenden Menschen (vgl. Frazer 1997). Aber ob Anreize ausreichen, um diese Arbeits-Umverteilung wirklich massenhaft in Gang zu setzen? Oder sollen wir eine „Pflicht für Männer zur Versorgungsarbeit" formulieren? Wichtig ist sicherlich, einen Anschub zu geben, damit gemeinsame Erfahrungen sowohl in den Prinzipien der Versorgungsarbeit als auch der Erwerbsarbeit von Männern und Frauen gemacht werden. Dieser Politikbereich ist in der Abbildung 3 mit (7) gekennzeichnet. Ich nenne dies „interpersonale kooperative Verbindung".
- Der dritte Weg ist die Eröffnung von Optionen, die jederfrau und jedermann gleichberechtigt die Teilnahme an den verschiedenen Arbeiten ermöglichen. Praktische Beispiele sind familienfreundliche Arbeitszeitmodelle wie bei der Textilfirma Rösch in Tübingen, bei der es mit 325 Beschäftigten fast 100 individuell geschneiderte Arbeitszeitvarianten gibt (vgl. Metall 1/98). Auch das schon genannte VW-Modell ist ein solches praktisches Beispiel. Andere Formen sind Teilzeitarbeit und Sabbatjahre. Konzeptionell steht hier das dreigeteilte Modell „Neue Arbeit" von Bergmann im Diskussionsmittelpunkt (vgl. Bergmann 1998). Hier werden Erwerbsarbeit, selbstbestimmte Tätigkeit („Paid Calling") und Selbstversorgung („High-Tech Self-Providing") kombiniert. Realisierungsversuche dieses Konzepts gibt es gegenwärtig z. B. in Wolfen in einer stark zerstörten ehemaligen ostdeutschen Industrieregion und im „Zentrum für Neue Arbeit" in Kassel. Dieser Politikbereich ist als (8) in Abbildung 3 gekennzeichnet. Ich nenne dies „intrapersonale kooperative Verbindung".

Über diese intersektoralen, interpersonalen und intrapersonalen kooperativen Verbindungen der verschiedenen Arbeitsarten kann der ganze „Arbeitskörper“ zukunftsfähig gestaltet werden. Er ist Ergebnis eines insgesamt dreistufigen Kooperationsprozesses:

- Auf der ersten Stufe des Kooperationsprozesses geht es um eine Addition der verschiedenen Arten von Arbeit, der Erwerbsarbeit, der Versorgungsarbeit, der Eigenarbeit und der Gemeinwesenarbeit.
- Die zweite Stufe besteht in den drei eben genannten kooperativen Verbindungen. Diese benötigen jedoch überall Verständigung über neue Bewertungs- und Handlungsmaßstäbe sowie zur Konfliktbewältigung durch Moderation.
- Die dritte Stufe dieser kooperativen Gestaltung des „Ganzen des Arbeitens“ besteht daher aus vielfältigen gesellschaftlichen Verständigungsprozessen über neue Bewertungen, neue Handlungsmuster, zur Konfliktbewältigung sowie zur Beratung über den qualitativen Gehalt des gemeinsam anzustrebenden „guten Lebens“. Hier entsteht eine eigene Arbeit – Verständigungsarbeit, Arbeit der Moderation. Die Gestaltungsaufgabe besteht hier darin, die infrastrukturellen Bedingungen für die gemeinsame Arbeit zu schaffen – gemeinsame Zeiten, Räume, Verständigungsregeln. Hier geht es um viele Arten von „Commons“ in neuer Form.

Diesen vielfältigen Arbeitsbegriff als Ergebnis eines dreistufigen Kooperationsprozesses verdeutlicht Abbildung 4:

Abb. 4: Der erweiterte Arbeitsbegriff als „kooperative Vielfalt im Ganzen“



6. Überlegungen zu einem veränderten Einkommenskonzept

Der skizzierten „kooperativen Vielfalt“ des Arbeitsmodells in einer zukunftsfähigen Gesellschaft entspricht die Vielfalt der Einkommensformen. Und wie die kooperative Vielfalt des Arbeitens als Ganzes gestaltet werden muß, so kommt es auch darauf an, die verschiedenen Einkommensformen so zu einem Ganzen zu koordinieren, daß für jede und jeden daraus eine lebensdienliche Grundlage entsteht. Was kann das im einzelnen heißen?

- Das Einkommen aus Erwerbsarbeit (Lohneinkommen L) wird aufgrund der Reduktion der Erwerbsarbeitszeit auf 25 Stunden für viele geringer ausfallen als bisher. Dafür steht es aber allen zu. Durch Umverteilung innerhalb der Unternehmen von den hohen zu den niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen kann die Einkommensminderung nach unten abgefedert werden (vgl. zu diesem Vorschlag Schor 1992). Wenn außerdem die Konzentration auf einen allzu hohen Shareholder-Value dem Konzept des Stakeholder-Value Platz macht, wird auch hier Umverteilungsmasse frei. Stakeholder sind alle von einer Unternehmenstätigkeit Betroffenen, nicht nur die Aktionäre. Moderne Unternehmen orientieren sich schon in dieser Art (vgl. hierzu z. B. Biesecker 1998).
- Ergänzt wird dieses Einkommen aus Erwerbsarbeit um ein Grund- oder BürgerInnen-Einkommen (BE), das allen Mitgliedern der Gesellschaft zusteht. Dieses deckt nicht den Beitrag in der Versorgungsarbeit und in der Gemeinwesenarbeit ab, denn es steht den Menschen einfach als Gesellschaftsmitglieder zu, es ermöglicht vielmehr diese Tätigkeiten neben der stark verkürzten Erwerbsarbeit. Wie dieses BürgerInnen-Einkommen konkret ausgestaltet werden könnte, ist strittig und muß genauer geklärt werden. Vieles spricht für den Vorschlag einer negativen Einkommensteuer, wobei deren Wirkung im wesentlichen von der Anrechnungsquote des Erwerbseinkommens abhängt (vgl. Kaltenborn 1998). Wichtig ist, daß folgende Kriterien erfüllt werden, damit dieses BürgerInnen-Einkommen nicht eine neue Form der Sozialhilfe, sondern demokratisch-partizipatives Einkommenselement ist: Es muß eine Höhe haben, daß es lebensdienlich ist, d. h. ein selbstbestimmtes teilnehmendes Leben in der Gesellschaft ermöglicht, und es muß in seiner Berechnung und Auszahlungsweise, also in der gesellschaftlichen Praxis, die Menschen würdigend sein. Daraus folgt z. B., daß es steuerfinanziert und nicht über die Sozialämter ausgezahlt wird.
- Wer dennoch vor allem „erwerbsarbeiten“ möchte, wird für die zusätzlichen Stunden stark progressiv besteuert. So werden Mittel frei, um diese Ungerechtigkeit der Verteilung der Erwerbsarbeit durch mehr Grundeinkommen für diejenigen auszugleichen, die dann auf Erwerbsarbeit verzichten müssen.

- Das ist aber nur ein Teil der Finanzierung von BürgerInnen-Einkommen. Die Hauptquelle der Finanzierung sind die Produktivitätsgewinne in der Marktökonomie, Vermögen, die z. B. in Stiftungen verwandelt werden können, sowie Steuern auf internationale Kapitaltransaktionen (sogenannte Tobin-Steuer). Auch über Steuern auf den Naturverbrauch muß hier diskutiert werden, insbesondere, um „Nähe“ billiger und „Ferne“ teurer zu machen und um die relativen Preise zwischen den „Produktionsfaktoren“ Natur und Arbeitskraft zu verändern.
- Einkommens-Differenzierungen nach Familiengröße können entweder über ein Pro-Kopf-Mindest-Einkommen oder über das Steuersystem erfolgen (vgl. die Debatte um unterschiedliche Formen des Grundeinkommens).
- Dieses Geld-Einkommen aus Erwerbsarbeit und BürgerInnen-Einkommen wird gemäß den vielfältigen Arbeitsmodellen ergänzt um Eigenversorgung (EiV). Denn wenn jede und jeder Versorgungsarbeit und Eigenarbeit leistet, wird ein Teil der Lebens-Mittel selbst hergestellt und braucht nicht als Konsumgut mit Hilfe von Geld am Markt erworben zu werden. Ergänzt wird dieses nicht monetäre Einkommen aus Eigenarbeit und Eigenversorgung durch kooperative Formen des Konsums wie Car-Sharing, gemeinsame Nutzgärten, gemeinsame Gartengeräte usw. Diese kooperative Form des Konsums kann unterstützt werden durch moderne Service-Center.
- Eine andere, ebenfalls nicht-monetäre Form des „Einkommens“ ist Zeit: Aufgrund der nicht nur in Erwerbsarbeit, sondern auch in der Versorgungsarbeit und der Gemeinwesenarbeit steigenden Produktivität der Arbeit wird dieses vielfältige Arbeitsmodell durch immer mehr freie Zeit begleitet. Neben den bisher gewohnten „Güterwohlstand“ tritt somit ein „Zeitwohlstand“ (vgl. Scherhorn 1995; Arbeitslose, die viel Zeit haben, haben keinen „Zeitwohlstand“, Wenn aber die gesellschaftlich freie Zeit auf alle verteilt wird, können sie alle als Wohlstand genießen). Diese freie Zeit wird aber, das sollte deutlich geworden sein, nicht einfach immer mehr: im sozialen und ökologischen Bereich gibt es viel Neues zu tun! Bezogen auf das „unmoderne“ und „nicht-zukunftsfähige“ Vollzeit-Erwerbsarbeitsmodell heißt das: wir haben keine Zeit mehr für eine 40-Stunden-Erwerbsarbeitswoche!

Dem vielfältigen Arbeitsmodell steht also ein vielfältiges Einkommensmodell gegenüber.

7. Konturen eines „Neuen Gesellschaftsvertrags“ und die Rolle des Staates

Damit gibt es keine einfache Zuordnung mehr von Arbeit und Einkommen. Diese Zuordnung ist geregelt im Gesellschaftsvertrag. Daher bedeuten die bisherigen Überlegungen auch: Der alte Gesellschaftsvertrag wird obsolet, er ist unzureichend für diese „kooperative Vielfalt im Ganzen“. Er bestand in der Konstruktion „Erwerbsarbeitskraft gegen Lohn, Lohn gegen Konsumgüter“. Sein Kern war also der individuelle Erwerbsarbeits-Vertrag.

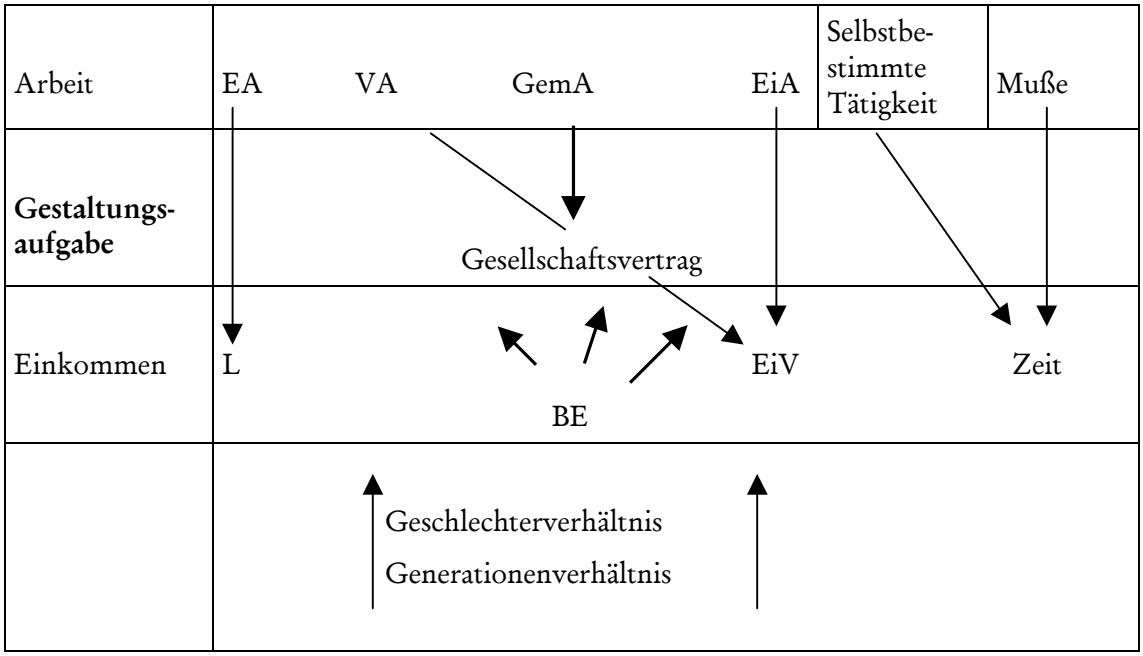
Dieser Gesellschaftsvertrag beinhaltete zunächst kein Konzept von Gerechtigkeit und Sicherheit für diejenigen, denen der Verkauf ihrer Erwerbsarbeitskraft nicht gelingen würde. Eine entsprechende Korrektur wurde im Entwurf einer „sozialen Marktwirtschaft“ gefordert und in den fünfziger und sechziger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland auch zum Teil politisch umgesetzt. Gemäß einer Vorstellung von „sozialer Gerechtigkeit“ und „sozialer Sicherheit“, welche das Marktsystem allein nicht gewährleisten konnte, sollten die Einkommensströme politisch umgeleitet und die sozialen Risiken durch den Sozialstaat abgefedert werden. Müller-Armack sprach vom Markt als vom „Halbautomaten, der sinnvoller Bedienung bedarf“ (Müller-Armack 1952, zitiert nach Katterle 1995, S. 3). Der durch dieses Konzept veränderte Gesellschaftsvertrag bedeutete somit die „sozialverträgliche Einbettung des Marktsystems“ (ebenda).

Aber auch dieser Gesellschaftsvertrag der sozialen Marktwirtschaft begriff Arbeit nur als Erwerbsarbeit. Daher geht die Neugestaltung auf Basis des Konzepts „Vorsorgendes Wirtschaften“ mit dem „Ganzen der Arbeit“ noch darüber hinaus:

Arbeit ist jetzt vielfältig, und nur Erwerbsarbeit ist direkt mit Einkommen, mit Lohn, gekoppelt. Wie lassen sich die verschiedenen anderen Arbeitsarten in verschiedenen Einkommensarten verbinden? Wie soll das Zusammenspiel zwischen diesen vielfältigen Arten des Arbeitens und Arten des Einkommens aussehen? Wie soll also der „Neue Gesellschaftsvertrag“ gestaltet werden? Hier kann nicht eine ganz konkrete Form entworfen werden. Aber der „Gehalt“ dieses Gesellschaftsvertrags kann verdeutlicht werden. Das geschieht über Abbildung 5:

Neben der Neugestaltung des Verhältnisses von Arbeiten und Einkommen beinhaltet die Gestaltungsaufgabe für diesen „Neuen Gesellschaftsvertrag“ auch die Neuordnung von Geschlechter- und Generationenverhältnissen.

Abb. 5: Struktur des „Neuen Gesellschaftsvertrags“



Die konkrete Ausgestaltung dieses Vertrags ist Sache der Praxis und braucht viel Zeit. Es geht hier auch nicht um einen großen Entwurf, sondern um viele „kleine neue Gesellschaftsverträge“, die heute schon geschlossen werden:

– z. B. in Tarifverträgen, die Arbeitszeitverkürzung (etwa für ältere Menschen) mit neuen Arbeitsplätzen (etwa für junge Menschen) kombinieren;
– z. B. in „Eheverträgen“, in denen Männer Teile der Versorgungsarbeit übernehmen;
– z. B. in Betriebsvereinbarungen, in denen sich Unternehmensleitungen verpflichten, Beschäftigte für Gemeinwesenarbeit bezahlt freizustellen.

In der weiteren praktischen Ausgestaltung dieser vielen kleinen neuen Gesellschaftsverträge kommt es darauf an, Kriterien für die Förderung neuer Modelle zu entwikkeln und zu konkretisieren, Kriterien, die das neue Arbeitskonzept lebensdienlich und naturgemäß gestalten. Solche Kriterien können mit Hilfe der oben genannten haushälterischen Prinzipien entworfen werden. Zwei von ihnen sind Geschlechter- und Generatonengerechtigkeit, die sich z. B. in Quoten bei Erwerbsarbeitsplätzen (für Frauen und Jugendliche) oder in betrieblich angestrebten Beteiligungsquoten von Männern am Elternurlaub konkretisieren lassen. Dadurch wird das Gerechtigkeitskonzept der „sozialen Marktwirtschaft“, die Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit, ergänzt um umfassende Beteilungsgerechtigkeit. Und das „Netz der sozialen Sicherheit“ erhält ein die Vielfalt von Lebensoptionen ermöglichendes Fundament durch ein BürgerInnen-Einkommen.

Der Staat bleibt in diesem Konzept bedeutender Akteur bei der Förderung des zukunftsfähigen Arbeitsmodells. Allerdings kann er vieles an die Selbsttätigkeit der

BürgerInnen abgeben – nach dem Prinzip der Subsidiarität liegen seine Aufgaben dort, wo deren Selbstorganisation ihre Grenzen findet.

Mindestens drei spezielle Aufgabenbereiche staatlichen Handelns lassen sich benennen:

- Die „kooperative Vielfalt“ des neuen Arbeitsmodells birgt die Gefahr der Zersplitterung der Gesellschaft in individuelle Arbeitsbiographien in sich. Hier ist der Staat gefordert, gesellschaftliche Räume und Zeiten zu sichern (die schon genannten Commons). Das sind z. B. gemeinsame Freizeiten wie Wochenenden oder gemeinsame Orte für Gemeinschaftsprojekte.
- Diese „kooperative Vielfalt“ stellt bestimmte Ansprüche an die Kompetenz der BürgerInnen. Eine gute Bildung und ständige Weiterbildung sind daher nötig. Bildung meint dabei, Möglichkeitsräume für Menschen zu öffnen. Bildung in diesem Sinne heißt: „Menschen machen sich miteinander auf die Suche nach ihren Fähigkeiten“ (Fee Czisch bei den Kempfenhausener Gesprächen, zitiert nach Rossbroich 1998). So erhalten sie die Kompetenz, Gesellschaft zukunftsfähig mitzugestalten.
- Diese „kooperative Vielfalt“ beinhaltet Gleichwertigkeit von Menschen, Arbeitsformen und Einkommensarten und ist nur erreichbar, wenn diejenigen, die heute die „gute“ Erwerbsarbeit besetzen und besitzen, davon abgeben. Das heißt aber auch, Macht abzugeben. Da das nicht immer freiwillig geschehen wird, ist auch hier der Staat gefordert.

8. Schlußwort: Von der Arbeitsgesellschaft zur Mitgestaltungsgesellschaft

Dieses Konzept „kooperativer Vielfalt“ als „Ganzes der Arbeit“ ist keine Rückkehr zur Arbeitsgesellschaft. Diese Rückkehr gibt es nicht – nicht nur, weil uns die „Arbeit ausgeht“, sondern vor allem, weil sich die Arbeit selbst verändert. Heute ist die Arbeit noch großenteils fremdbestimmt, isoliert, auf Kompensation durch Konsum gerichtet, wie es der alte Gesellschaftsvertrag vorsieht. Zukunftsfähiges Arbeiten dagegen ist selbstbestimmt, kooperativ und auf die Gestaltung eines „guten Lebens“ gerichtet, dessen Prinzipien im gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen sind. Zukunftsfähige Gestaltung des „Ganzen der Arbeit“ ist somit Entwicklung von Regeln und Strukturen für das Tätigkeitskonzept einer Mitgestaltungsgesellschaft, an der alle teilnehmen können und in der die Prinzipien Partizipation, Kooperation, Subsidiarität und Verantwortung gelten.

Literaturverzeichnis

Beck, U. (1998): Freiwillig, aber nicht umsonst. Bürgerarbeit als neues Modell von Engagement auf kommunaler Ebene, in: Politische Ökologie Nr. 54 (Nachhaltiges Arbeiten. Ein Weg aus der Beschäftigungs- und Umweltkrise?), S. 61-64.

Bergmann, F. (1998): Raum der Möglichkeiten. In Centren für Neue Arbeit zukünftige Lebensstile ausprobieren, in: Politische Ökologie Nr. 54 (Nachhaltiges Arbeiten. Ein Weg aus der Beschäftigungs- und Umweltkrise?), S. 55-58.

Biesecker, A. (1994): Wir sind nicht zur Konkurrenz verdammt. Auf der Suche nach alten und neuen Formen kooperativen Wirtschaftens, in: C. Busch-Lüty et al. (Hg.) (1994), S. 28-31.

Biesecker, A. (1997): Neue Formen der Teilung und Verteilung von Arbeit, in: Vereinigung für Ökologische Ökonomie e.V. (VÖÖ) (Hg.): Arbeiten in einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft. Dokumentation der 1. Arbeitstagung der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) in Heidelberg, Schriftenreihe zur Politischen Ökologie Nr. 4, München: ökom, S. 51-77.

Biesecker, A. (1998): Shareholder, Stakeholder and Beyond – Auf dem Weg zu einer Vorsorgenden Wirtschaftsweise, in: A. Biesecker et al. (Hg.): Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden: Erweiterte Stakeholder-Prozesse, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 58-91.

Biesecker, A., Jochimsen, M. und Knobloch, U. (1997): Vorsorgendes Wirtschaften, in: Ökologisches Wirtschaften Heft 3/4 1997 (Special: Nachhaltiges Wirtschaften – eine feministische Perspektive), S. 7-8.

Biesecker, A. und v. Winterfeld, U. (1998): Vergessene Arbeitswirklichkeiten, in: W. Bierter und U. v. Winterfeld (Hg.): Zukunft der Arbeit – welche Arbeit? Berlin, Basel, Boston: Birkhäuser, S. 32-51.

Busch-Lüty, C. et al. (Hg.) (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Politische Ökologie, Sonderheft 6, München: ökom.

Busch-Lüty, C. (1996): Nachhaltige Entwicklung als Ziel und selbstorganisierender Verständigungsprozeß, in: A. Biesecker und K. Grenzdörffer (Hg.): Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation. Elemente demokratischen Wirtschaftens, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 141-146.

Busch-Lüty, C. und Dürr, H.-P. (1993): Ökonomie und Natur. Versuch einer Annäherung im interdisziplinären Dialog, in: H. König (Hg.): Umweltverträgliches Wirtschaften als Problem von Wissenschaft und Politik, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. Bd. 224, Berlin: Duncker & Humblot, S. 12-44.

Dürr, Hans-Peter (1998): Selbstbeschränkung – eine unmögliche Notwendigkeit? Ökologische Herausforderungen an die Berliner Republik, in: Global Challenges Network e.V. (GCN) (Hg.): Container, München: Eigendruck.

Fraser, N. (1997): Justice Interruptus. Critical Reflections on the „Postsocialist“ Condition, New York und London: Routledge.

Hofmeister, S. (1995): Der „Blinde Fleck“ ist das Ganze. Anmerkungen zur Bedeutung der Reproduktion in der Ökonomie, in: K. Grenzdörffer et al. (Hg.): Neue Bewertungen in der Ökonomie, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 51-65.

Hofmeister, S. (1998): Von der Abfallwirtschaft zur ökologischen Stoffwirtschaft. Wege zu einer Ökonomie der Reproduktion, Opladen und Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Hofmeister, S. (1999): Über die Produktivität des Reproduktiven. Der Beitrag des Konzepts „Vorsorgendes Wirtschaften“ zum Nachhaltigkeitsdiskurs, in: I. Weller et al. (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus. Neue Perspektiven – Alte Blockaden, Bielefeld: Kleine Verlag, S. 73-98.

Jürgens, K. und Reinecke, K. (1997): Die „28,8-Stunden-Woche“ bei Volkswagen: Ein neues Arbeitszeitmodell und seine Auswirkungen auf familiale Lebenszusammenhänge von Schichtarbeitern, in: H. Geiling (Hg.): Integration und Ausgrenzung, Hannover: Offizien, S. 309-328.

Kaltenborn, B. (1998): Grundsicherungskonzepte von Parteien und Verbänden. Übersicht und Bewertung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/98, S. 587-594.

Kambartel, F. (1994): Arbeit und Praxis, in: A. Honneth (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt/M.: Fischer, S. 123-139.

Katterle, D. (1995): Marktwirtschaft und Ethik. Diskussionspapier Nr. 302 der Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Bielefeld.

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.) (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen, Bonn.

Metall 1/98: Textilfirma Rösch in Tübingen: Maßgeschneidert und familienfreundlich.

Redler, E. (1998): Tätigkeit statt Warenkauf. Über Stellenwert, Möglichkeiten und Grenzen der Eigenarbeit, in: Politische Ökologie Nr. 54 (Nachhaltiges Arbeiten. Ein Weg aus der Beschäftigungs- und Umweltkrise?), S. 65-67.

Redler, E. (1999): Ganze Arbeit. Über die Kombination von Erwerbs-, Familien-, Bürger- und Eigenarbeit. Vortrag, gehalten auf der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing und des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit der evang.-luth. Kirche in Bayern zum Thema „Wie wollen wir in Zukunft arbeiten? Nachhaltige Arbeit unter neuen Bedingungen“ vom 28.-30. Juni 1999 in Tutzing.

Rossbroich, J. (1998): Strukturwandel der Arbeitswelt: Entwicklungschancen für Mensch und Gesellschaft? Materialien zu den Arbeitsgruppen der fünften Gesprächsrunde der Kempfenhausener Gespräche vom 16.-18. Oktober 1998, unveröff. Manuskript.

Scherhorn, G. (1995): Güterwohlstand versus Zeitwohlstand - Über die Unvereinbarkeit des materiellen und immateriellen Produktivitätsbegriffs, in: B. Biervert und M. Held (Hg.): Zeit in der Ökonomie, Perspektiven für die Theoriebildung, Frankfurt und New York: Campus, S. 147-168.

Scherhorn, G. (1997): Das Ganze der Güter, in K.-M. Meyer-Abich, (Hg.): Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens. Ganzheitliches Denken der Natur in Wissenschaft und Wirtschaft, München 1997: Beck.

Scherhorn, G. et al. (1997): Wohlstandskosten und verantwortliches Handeln, Arbeitspapier 68 des Instituts für Haushalts- und Konsumökonomik der Universität Hohenheim, Stuttgart.

Schor, J. W. (1992): The Overworked American. The Unexpected Decline of Leisure, New York: Basic Books.

Scurrell, B. (1997): Der blinde Fleck der Arbeit. Arbeitslosigkeit als Folge einer Teilung der Arbeit, in: Politische Ökologie Nr. 50, S. 44-47.

Spitzley, H. (1998): Arbeitszeit und plurale Ökonomie – Handlungsoptionen in einer solidarischen Gesellschaft, in: W. Bierter und U. v. Winterfeld (Hg.): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?, Berlin, Basel, Boston: Birkhäuser, S. 161-191.

Spitzner, Meike (1997): Distanz zu Leben, Arbeit und Gemeinschaft? Über den „göttlichen Ingenieur“ und die Verkehrswissenschaft im konstruierten Raum, in: U. v. Winterfeld et al. (Hg.): vom Zwischenruf zum Kontrapunkt. Frauen, Wissenschaft, Natur, Bielefeld: Kleine, S. 53-84.

Ulrich, P. (1997): Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern, Stuttgart, Wien: Paul Haupt.

Widmaier, H.-P. (1999): Demokratische Sozialpolitik, Tübingen: Mohr/Siebeck.

Widmaier, H.-P. und Wichert, C. (1995): Kultur- und demokratietheoretische Begründung sozialer Bedürfnisse, in: K. Grenzdörffer et al. (Hg.): Neue Bewertungen in der Ökonomie, Pfaffenweiler : Centaurus, S. 199-158.

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.

P99-501 IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.

P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.

P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.

P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.

P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.

P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.

P99-507 Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.

P99-508 Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.

P99-509 Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.

P99-510 Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.

P99-511 Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.

P99-512 Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.

P00-501 Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.

P00-502 Jürgen P. Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.

P00-503 Klaus Fichter: Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** *mit, sowie* ***je Paper*** *eine* ***Briefmarke im Wert von DM 1,00*** *oder einen* ***"Coupon Résponse International"*** *(für Besteller aus dem Ausland).*

Please send a ***self-addressed label*** *and* ***postage stamps in the amount of 1 DM*** *or a* ***"Coupon-Réponse International"*** *(if you are ordering from outside Germany) for* ***each*** *WZB-Paper requested.*

Bestellschein ***Order Form***

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

Hiermit bestelle ich folgende(s) Discussion Paper(s):

Please send me the following Discussion Paper(s):

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	**Bestellnummer • Order no.**